

## **Vorblatt**

### **Ziel**

- Gesetzeskonformität durch Erlassung der geforderten Verordnung nach § 27 Abs. 8 Z 3 des Stmk. Pflege- und Betreuungsgesetzes (StPBG)

### **Inhalt**

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen:

- Festlegung von Rahmenbedingungen hinsichtlich Aufnahmemodalitäten, Meldepflichten, Freihalterregelungen, den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung, Zessionsverbote und der Vorlage von Jahresabschlüssen

### **Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte**

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

### **Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt**

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

### **Auswirkungen auf die Umwelt/das Klima**

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

### **Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union**

Der Entwurf dient nicht der Durchführung oder Umsetzung des Rechts der Europäischen Union.

### **Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens**

Keine.

## **Erläuterungen**

### **I. Allgemeiner Teil mit vereinfachter Wirkungsorientierter Folgenabschätzung**

Beim gegenständlichen Regelungsvorhaben wird eine vereinfachte Wirkungsorientierte Folgenabschätzung gemäß § 7 Abs. 3 VOWO 2020, LGBI. Nr. 72/2020, durchgeführt, da der Verwaltungsaufwand für die Durchführung in voller Tiefe in keinem Verhältnis zu Umfang und Intensität der angestrebten Wirkung des Regelungsvorhabens steht, das bewährte etablierte System beibehalten wird und keine Mehrkosten entstehen.

### **Vorhabensprofil**

Bezeichnung des Regelungsvorhabens: Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung über Rahmenbedingungen für Pflegewohnheime (StPBG-Rahmenbedingungen-Verordnung – StPBG-RbVO)

Einbringende Stelle: Abteilung 8 Gesundheit und Pflege

Laufendes Finanzjahr: 2024

Jahr des Inkrafttretens/Wirksamwerdens: 2025

#### **Beitrag zu Wirkungsziel im Landesbudget**

Das Vorhaben trägt zu folgenden Wirkungszielen bei:

Bereich LR Dr. Karlheinz Kornhäusl, Globalbudget Gesundheit und Pflegemanagement, zu Pflegenden und deren Angehörige können aus bedarfsgerechten und qualitativen mobilen, teilstationären und stationären Pflegeangeboten wählen und erhalten von der öffentlichen Hand die notwendige finanzielle Unterstützung.

### **Problemanalyse**

#### **Anlass und Zweck, Problemdefinition**

Gemäß § 27 Abs. 8 Z 3 ist die Landesregierung verpflichtet eine Verordnung zu den Rahmenbedingungen für Pflegewohnheime zu erlassen. Es gilt insbesondere zu regeln, welche Verpflichtungen die Einrichtungen in Verbindung mit einem Anerkennungsbescheid einzuhalten haben. Hierbei geht es insbesondere um Aufnahmemodalitäten, Meldepflichten, Entgeltregelungen, Versicherungspflichten, Zessionsverbot und Vorlage von Jahresabschlüssen.

#### **Nullszenario und allfällige Alternativen**

§ 27 Abs. 8 Z 3 StPBG verpflichtet die Landesregierung zur Erlassung einer Verordnung. Hierzu gibt es keine Alternative.

### **Ziele**

- Gesetzeskonformität durch Erlassung der geforderten Verordnung nach § 27 Abs. 8 Z 3 des Stmk. Pflege- und Betreuungsgesetzes (StPBG)

### **Maßnahmen**

- Festlegung von Rahmenbedingungen hinsichtlich Aufnahmemodalitäten, Meldepflichten, Freihalterregelungen, den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung, Zessionsverbote und der Vorlage von Jahresabschlüssen

#### **Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte**

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

**Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt**

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

**Auswirkungen auf die Umwelt/das Klima**

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

**Verhältnismäßigkeitsprüfung im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/958**

Die Durchführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung war nicht erforderlich, da die vorgeschlagene Regelung weder die Aufnahme noch die Ausübung eines reglementierten Berufs betrifft.

## **II. Besonderer Teil**

### **Zu § 1 (Pflichten der Einrichtung):**

Es wurden die Meldepflichten auf Änderungen des Vereinsregisters und des Firmenbuches präzisiert. Außerdem wird geregelt, dass Rechtsnachfolgern alle Verpflichtungen aus dem Anerkennungsbescheid übertragen werden und dies der Landesregierung unverzüglich zu melden ist.

Die Einrichtungen sind nicht berechtigt über Leistungen die bereits in der Steiermärkischen Pflegewohnheimverordnung festgelegt und durch das gem. der StPBG Entgeltverordnung festgelegte Entgelt abgegolten sind, eine zusätzliche Vereinbarung über Zuschläge zusätzlich zu den verrechenbaren Tagsätzen im Sinne der StPBG Ab- und Verrechnungsverordnung mit Leistungsberechtigten, deren Angehörigen oder Erwachsenenvertreterinnen/Erwachsenenvertreter, abzuschließen.

Weiters wird geregelt, dass Selbstzahlerinnen/Selbstzahlern der gleiche Tagsatz und Pflegezuschlag zu verrechnen ist wie Leistungsberechtigten.

### **Zu § 2 (Zessionsverbot):**

Es wurde die Regelung der Anlage 4 der bisherigen LEVO-SHG übernommen, sodass Zessionen bis auf Ausnahmen (sozialversicherungs- und steuerrechtliche Verpflichtungen und Kreditinstitute) verboten sind.

### **Zu § 3 (Vorlage von Jahresabschlüssen):**

Es wird konkretisiert, bis zu welchem Zeitpunkt die Träger von Einrichtungen der Landesregierung ihre steuerrechtlichen Jahresabschlüsse vorzulegen haben.

### **Zu § 4 (Inkrafttreten):**

Diese Verordnung soll Anlage 4 der bislang geltenden SHG-Leistungs- und Entgeltverordnung 2017, LGBl. Nr. 22/2017, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 39/2024 ersetzen, da dies auf Grund des Inkrafttretens des Stmk. Pflege- und Betreuungsgesetzes erforderlich war.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird mit 1. Jänner 2025 festgesetzt.